

Bleibende Stärke trotz Kommunismus

Zur gegenwärtigen Lage der Kirche in Polen

Trotz häufiger und meist begründeter Klagen der polnischen Bischöfe über Einschränkungen ihres Aktionsbereichs ist die katholische Kirche auch nach dreißig Jahren kommunistischer Herrschaft noch immer eine wichtige nationale Autorität. Das Regime muß nach wie vor mit ihr rechnen, je krisenhafter die innenpolitische Situation ist um so mehr. Der direkte administrative Druck hat deshalb gegenwärtig fast ganz aufgehört. Partei und Behörden hoffen indessen – und die Bischöfe werden sich dieser Gefahr wohl auch mehr und mehr bewußt –, ihr Ziel der Atheisierung durch Propaganda in den Massenmedien, durch Einfluß auf die öffentliche Meinung und durch das Fortschreiten der Säkularisierung der Gesellschaft zu erreichen.

Noch Einheit von Nation und Kirche?

Deutlicher Ausdruck solcher Befürchtungen vor „immer neuen Arten der Bekämpfung des Glaubens“ ist der jüngste, zum ersten Advent in allen polnischen Kirchen verlesene Hirtenbrief, der schon am 9. September 1976 verfaßt worden war. Darin rufen die Bischöfe die Gläubigen zur Wachsamkeit auf und versichern: „Wer oberflächlich auf die Existenz der Kirche in Polen blickt, kann die Illusion haben, daß die Arbeit der Kirche in unserem Staat keine Schwierigkeiten hat. Alle wollen die Normalisierung. In Wirklichkeit jedoch hat der gehässige, rücksichtslose Kampf gegen den Glauben an Gott und gegen die Kirche Christi nicht aufgehört ... Bei uns ist die große Mehrheit der Bürger gläubig und gehört zur katholischen Kirche. Wenn die staatlichen Beamten einen Kampf gegen die Religion führen, so lassen sie einen ernsthaften Mißbrauch gegenüber den Bürgern zu, die für ihren Unterhalt Steuern zahlen. Der Kampf gegen die Religion wird mit Geldern bezahlt, die die gläubigen Katholiken aufbringen müssen.“ Die Bischöfe beklagen in dem Hirtenbrief u. a. die Beschränkungen für den Bau von Kirchen und die „religiöse Diskriminierung bei der Verwirklichung des Rechts auf Arbeit“. Denn die Zulassung zu gewissen Berufen hänge davon ab, daß die Bewerber sich „als nicht gläubig oder zumindest als nicht praktizierend“ erklären. Oft verlören Gläubige wegen ihrer religiösen Aktivität ihren Posten oder gar ihre Arbeit, was dann oft mit anderen Motiven begründet werde. Die Methoden der „programmierten Atheisierung“ seien unterschiedlich. „Der Kampf gegen die Religion mit Mitteln des administrativen Drucks ist beschwerlich und gefährlich. Er ruft Reaktionen hervor

und kompromittiert zu sehr die staatliche Führung in den Augen der Weltöffentlichkeit. Man kann sie nicht allgemein und radikal durchführen. Deswegen griff man zu einer anderen Methode, indem man auf Mittel der Verbreitung der sogenannten Kultur zurückgriff.“

Damit haben die Bischöfe recht exakt die *Gefahr* umschrieben, die der Kirche längerfristig droht. Noch erscheint aber trotz erkennbarer Rückwirkungen staatlicher Propaganda und Maßnahmen und vor allem des gewandelten Lebensstil ihre Stellung ungebrochen. Nach kirchlichen Schätzungen, die nicht in jeder Hinsicht exakt sein müssen, die aber doch genügend Hinweischarakter haben, sind 92 bis 94 Prozent der rund 34 Millionen Polen katholisch. Davon praktizieren nach diesen Schätzungen rund 60 Prozent – übrigens ein Prozentsatz, der in keinem westlichen Industrieland mehr erreicht wird. Auf dem Lande ist die Zahl der regelmäßigen Kirchgänger höher und, soweit man feststellen kann, auch noch weniger im Rückgang als in den Großstädten. Obwohl der Kirche die Massenmedien verschlossen sind, hat sie wegen der großen Anzahl der Kirchgänger durch Predigten, Katechismusunterricht, Exerzitien und Wallfahrten einen breiten Einfluß. Durch ihr moralisches Gewicht widerstand sie bisher allen Gleichschaltungsbemühungen.

Eine Erklärung für die ungebrochene Stellung der Kirche ist die Tatsache, daß sie auf einer *tiefen Volksfrömmigkeit* basiert und seit Jahrhunderten stark *national* geprägt ist. In der Zeit der polnischen Teilungen galt die Formel: „Pole gleich Katholik“ in der Abwehr der Orthodoxie Rußlands und des preußischen Protestantismus. Im preußischen Teil war es die Kirche, die die nationale Sprache bewahrte, während in den Schulen und Ämtern nur deutsch gesprochen werden durfte. Auch während der deutschen Besetzung im zweiten Weltkrieg hat in Polen die Kirche eine erhebliche Rolle im Widerstand und bei der Verteidigung nationaler Tradition gespielt. Zahlreiche Geistliche wurden von Nationalsozialisten ermordet, andere überlebten die Konzentrationslager. Der 1972 selbsterlöschene Pater Maximilian Kolbe, der bekanntlich im Konzentrationslager Auschwitz anstelle eines Familienvaters in den Tod ging, reiht sich ein in eine Galerie nationaler polnischer Heiliger.

Für die polnischen Gläubigen ist es heute noch selbstverständlich, daß die weiß-roten Nationalfarben die Kirchen schmücken. Zu Weihnachten oder am Karfreitag, wenn in allen Kirchen Polens Krippen bzw. Heilige Gräber aufge-

baut sind, trägt mindestens eine der Figuren die polnische Fahne. Vor den Teilungen war der Primas von Polen Interrex. Er übte auch die weltliche Macht aus, wenn der Königsthron leer stand.

Wyszynski und Gierek

Als eine Art geistlicher Interrex, als Hüter des nationalen christlichen Erbes faßt auch der jetzt 75jährige Primas, der Erzbischof von Gnesen und Warschau, *Stefan Kardinal Wyszynski*, sein Amt auf, in dem er nach einem formellen Rücktrittsangebot trotz des Erreichens der vom Zweiten Vatikanum vorgesehenen „Pensionierungsgrenze“ für Bischöfe erst kürzlich wieder durch den Papst bestätigt worden ist. Seine Auffassung von der Verantwortung der Kirche auch in Dingen, die die ganze Nation berühren, illustriert ein Ausschnitt aus seiner Predigt zum dreißigjährigen Bischofsjubiläum des Warschauer Weihbischofs *Maclaw Majewski* vom 26. September 1976. In jener Predigt hat Wyszynski auch erläutert, warum die Kirche zu den Arbeiterdemonstrationen vom 25. Juni gegen die vorgeschlagenen *Preiserhöhungen* Stellung bezog, gleichzeitig aber auch zur Disziplin aufrief:

„Womit müssen die Bischöfe sich heute befassen: Mit dem Bevölkerungsproblem und der Verteidigung vor der Atheisierung, der Laizisierung und der falschen Erziehung der jungen Generation. Ja, sie müssen sich sogar mit der Verteidigung der Arbeiterwelt gegenüber unbedachten und nicht durchdachten Initiativen befassen, die Ende Juni zu bedauernswerten Zusammenstößen geführt haben – und das war bekanntlich nicht das erste Mal. Es ist außerordentlich schmerzlich, daß die Arbeiterwelt gegenüber einer Arbeiterregierung um ihre Grundrechte kämpfen muß. In einer solchen Situation müssen die polnischen Bischöfe sich daran erinnern, was uns die heutige Liturgie lehrt, an die grundlegenden Pflichten der Arbeitenden. In meiner dreißigjährigen Bischofszeit habe ich oft die Unzufriedenheit der Mächtigen dieser Welt hervorgerufen. Aber das ist meine Pflicht. Wegen dieser Pflicht werde ich vor dem Vater der Nationen und der Völker Rechenschaft ablegen. Jeder Nation stellt er ihre Aufgaben. Er stellt sie auch unserer Nation. Wir polnischen Bischöfe sind dazu ausgesandt, um der polnischen Nation die Wahrheit des Evangeliums zu verkünden ... Deshalb verteidigen wir heute die Nation vor der Atheisierung, Laizisierung und groteskem weltlichem Zeremoniell, durch das man den liturgischen und sakramentalen Dienst zu ersetzen versucht, der so voll tiefen und lebendigen Gehalts ist, wie Ihr selber, meine Liebsten, gut verspürt.“

Die Erklärung, daß es zwischen dem polnischen Episkopat und dem Staat keine Probleme gibt, ist daher nicht exakt. Es gibt sie, und sie sind im Kommuniqué der 154. Bischofskonferenz aufgezählt. Mit uns ist es nicht bequem, aber ohne die polnischen Bischöfe wäre es hundertmal schlechter. Daher muß man sich schon abfinden mit der tausend-

jährigen Mission der polnischen Bischöfe in unserem Land.“

Mit dieser Predigt beantwortete Wyszynski einen Aufruf zur Zusammenarbeit, den Parteichef *Edward Gierek* am 3. September bei einer Diskussion mit Arbeitern in Mielec an die Kirche richtete (abgedruckt in allen polnischen Zeitungen vom 6. September 1976). „Wir wissen alle, daß viele Millionen Polen gläubig sind“, hatte Gierek versichert, „das ist eine historische und eine gegenwärtige Tatsache. Volkspolen ist ein weltlicher Staat, und die Kirche ist vom Staat getrennt ... In der Vergangenheit waren die Beziehungen zwischen der Kirche und dem Volksstaat unterschiedlich. Heute kann man aber eines sagen: In unserem Lande, in Polen, gibt es keinen Konflikt zwischen dem Staat und der Kirche. Man kann das sagen, denn es gibt keinen Konflikt zwischen der Führung und den gläubigen Menschen und fast der ganzen polnischen Geistlichkeit. Ich möchte nicht ausführlich auf wirklich sehr vereinzelte unverantwortliche Verhaltensweisen einiger Geistlicher eingehen. Einfach deshalb, weil nicht sie über die Beziehungen des Staates mit der Kirche entscheiden ... Ich glaube, es gibt ein weites Feld für die fruchtbare Zusammenarbeit der Kirche mit dem Staat bei der Realisierung der wichtigen nationalen Ziele.“

Seit *Edward Gierek*, dessen Mutter übrigens eine gläubige Katholikin ist, im Dezember 1970 an die Macht kam, hat sich das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in der Tat etwas entspannt. Auch vorher war die Lage der Kirche in Polen nie mit der Unterdrückung in anderen Ostblockstaaten zu vergleichen. Unter *Gierek*s Vorgänger *Wladyslaw Gomulka* gab es zwar viel Reibereien und manchmal ans Groteske grenzende Zusammenstöße, doch ging die Kirche aus dem heftigen Streit um die Jahrtausendfeiern 1966 durch die Mobilisierung der Gläubigen letztlich als Sieger hervor. Dieser Streit, bei dem es vor allem darum ging, wer das tausendjährige Polen verkörpert – die Kirche oder der Staat –, wirkte eher stimulierend. Die Kirchen waren damals noch voller als sonst.

Ungebrochenes religiöses Leben

In Polen werden nach kirchlichen Angaben heute noch etwa 90 Prozent der Kinder getauft. Die von der Partei gewünschte weltliche Zeremonie der „*Namensgebung*“ hat sich nicht durchgesetzt. Am Religionsunterricht, der nur außerhalb der Schulgebäude von der Kirche erteilt werden darf, beteiligen sich vor allem in den unteren Klassen fast alle Kinder. Es gibt in Polen rund 20 000 Religionsklassen, wo die Kinder von Vertretern der Kirche unterrichtet werden. Der Staat kontrolliert hier nur die hygienischen Verhältnisse, nicht aber den Gehalt des Unterrichts. Die Teilnahme am Religionsunterricht nimmt in den oberen Klassen und bei den Oberschülern etwas ab, vor allem in den großen Städten. Die Kirche unterhält bis heute noch einzelne Oberschulen, deren Absolventen das staatliche Abitur machen können.

Die katholischen Gläubigen Polens werden von rund 19000 Priestern betreut, die in 24 diözesanen Priesterseminaren, in Klöstern oder in den beiden katholischen Hochschulen (an der Katholischen Universität Lublin und an der Theologischen Akademie Warschau) ausgebildet werden. Nachwuchsmangel verzeichnen weder die Priesterseminare noch die 569 Männerklöster und die über 2000 weiblichen Ordenshäuser. Aus Platzmangel müssen viele Kandidaten abgewiesen werden. (Einen staatlich verordneten „Numerus clausus“ wie in den anderen Ostblockstaaten gibt es in Polen nicht.) Während 1971 in den Seminaren noch 4088 junge Menschen studierten, waren es 1975 4385. Davon wollten 3120 Seelsorger in den Gemeinden und 1265 Ordensgeistliche werden. Geweiht wurden im gleichen Jahr 606 Priester, darunter 151 Ordensgeistliche. Angesichts dieser guten Nachwuchssituation hat die polnische Kirche sogar einige Geistliche dem Wiener Kardinal König als „Gastarbeiter“ zur Verfügung gestellt.

In der Ära Gierek werden die Priesterseminare auch in den „weltlichen“ Fächern praktisch nicht mehr vom Staat kontrolliert. 1966 hatte es eine scharfe Auseinandersetzung um die vom Staat beanspruchte Kontrolle dieser Fächer in den Seminaren gegeben, wobei nicht klar definiert wurde, ob z. B. Philosophie auch zu den „weltlichen“ Fächern gehört. Nachdem Wyszynski damals mit aller Entschiedenheit „non possumus“ gesagt und versichert hatte, „in diesen Dingen muß man Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Weihnachtsansprache in der Warschauer Kathedrale), machte die Partei einen Rückzieher.

Jeder Priester kann in allen kirchlichen Räumen Gottesdienst halten. Er ist nicht wie in der Tschechoslowakei nur auf seine Gemeinde beschränkt. Doch müssen nicht nur residierende Bischöfe, sondern auch Gemeindepfarrer vom Staat bestätigt werden. Gegen von der Kirche gewünschte bzw. bestellte Kandidaten kann der Staat im Falle von Pfarrern innerhalb von einem Monat und gegen Bischöfe innerhalb von drei Monaten sein Veto einlegen. Daß das Tauziehen um hohe kirchliche Ämter auch sehr viel länger dauern kann, hat die Nachfolgeregelung für den 1974 verstorbenen Kardinal Kominek von Breslau gezeigt. Erst nach zweijähriger Vakanz konnte Erzbischof Henryk Gulbinowicz dessen Nachfolge antreten.

Ein traditionelles Zugeständnis der kommunistischen Führung an die katholische Bevölkerung ist, daß Fronleichnam und Allerheiligen als staatliche Feiertage anerkannt werden. An den Fronleichnamsprozessionen nehmen jährlich Millionen von Menschen teil. Starke Beteiligung gibt es auch bei Wallfahrten zur Schwarzen Madonna von Tschenstochau, der „Königin Polens“, und auch zu anderen Nationalheiligtümern.

Die äußere Geschlossenheit der polnischen Kirche, ihr relativ großer Spielraum trotz kommunistischer Herrschaft und ihre Verankerung in einer nach wie vor lebendigen Frömmigkeit können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich auch der polnischen Kirche – und zwar unabhängig von ihrem Verhältnis zum Staat – schwierige seelsorg-

liche Probleme stellen. Daß ihre Autorität auch bei ihren Gläubigen nicht uneingeschränkt gilt, zeigt das Verhalten vieler in Fragen von Familie und Ehe. In entscheidenden Fragen der Moral scheinen der Kirche auch mit ihr verbundene Katholiken die Gefolgschaft zu versagen. Trotz scharfer Verurteilung durch die Kirche nehmen Scheidungen und Schwangerschaftsabbrüche besonders in den Städten zu. Nach (sicher sehr groben) statistischen Schätzungen fiel bereits 1971 auf eine Geburt ein Schwangerschaftsabbruch.

Kirche, Gläubige und Episkopat

Schon diese Daten verdeutlichen, warum die am kirchlichen Leben aktiv teilnehmende Bevölkerung die wichtigste Stütze der Kirche ist. Die katholischen Laienbewegungen haben innerhalb der begrenzten Möglichkeiten eines kommunistisch regierten Landes für sich und sicher auch für die Kirche als ganze einige Bedeutung, aber eine andere Rolle als im Westen. Vom Episkopat völlig abgelehnt wird die von der Regierung, weil seit jeher kollaborationsbereit, mit besonderen Privilegien ausgestattete „Pax“-Organisation, die u. a. die politische Tageszeitung „Slowo Powszechno“ („Das allgemeine Wort“) herausgibt.

Vom Episkopat anerkannt ist die „ZNAK“-Gruppe, wengleich die Beziehungen der Gruppe zu Teilen des Episkopats, auch zum Primas, eher gespannt waren und ihre Bemühungen um eine intellektuelle Erneuerung der Kirche bei der von Wyszynski geprägten Hierarchie, die bewußt auf die traditionelle Volksfrömmigkeit zu setzen scheint, auf mehr Mißtrauen als auf Verständnis stieß. Da sie jeweils durch fünf Abgeordnete im Parlament vertreten war, hatte diese Gruppe auch einige politische Bedeutung. Sie hat sich aber nach den Auseinandersetzungen um die jüngste Verfassungsreform, wo der ZNAK-Abgeordnete Stomma als einziger Abgeordneter dagegenstimmte, und aus Anlaß der jüngsten Parlamentswahlen gespalten. Die jetzt noch im Parlament vertretenen Abgeordneten – eine Wiederwahl Stanislaw Stommas und seiner Freunde wurde von politischer Seite verhindert – führen zwar noch den Namen „ZNAK“, haben aber nichts mehr mit der Gruppe um die Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ zu tun, die mit dem Krakauer Kardinal Wojtyla verbunden ist und in der auch oppositionelle Intellektuelle zu Wort kommen. Diese hat eine Auflage von 40000 Exemplaren. Die „ZNAK“ unterhält „Klubs der katholischen Intelligenz“ in Krakau, Warschau, Breslau, Thorn und Posen, wobei der Posener Klub jetzt zu der abgespaltenen Gruppe zu rechnen ist. Die „Klubs der katholischen Intelligenz“ – kurz KIK genannt – organisieren Vorträge, verschiedene Treffen und unterhalten Jugendgruppen. Sie gelten modernen theologischen Strömungen gegenüber aufgeschlossener als der Episkopat in seiner Gesamtheit. Finanziell wurden sie bisher durch Einkünfte der Kosmetik-Firma „Libella“ unterhalten. Jetzt ist ihnen jegliche wirtschaftliche Tätigkeit verboten worden, so daß

auch die finanzielle Grundlage der Klubs bedroht ist. „ZNAK“ hat vor allem in der Gomulka-Ära eine Rolle als Mittler zwischen Kirche und Staat gespielt. Seit der Episkopat direkt mit der Regierung spricht, hat sich diese Rolle verringert. Als intellektuelles Ferment für langfristige Entwicklungen im polnischen Katholizismus ist die Bewegung jedoch nicht zu unterschätzen. „ZNAK“ unterhält im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch gute Kontakte zu westlichen Ländern und hat sich auch früh um eine Versöhnung mit den Deutschen in der Bundesrepublik bemüht. Häufigere Reisen von „ZNAK“-Mitgliedern in die Bundesrepublik und gelegentliche Kontakte zu katholischen Organisationen in der Bundesrepublik (Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Pax-Christi-Bewegung) sind aus der Berichterstattung der Tages- und Wochenpresse bekannt.

Obwohl der polnische Episkopat unter der souveränen und straffen Führung des Primas keineswegs in allen kirchlichen Fragen der Monolith ist, als der er nach außen erscheint, achtet er schon aus taktischen Gründen – zur Absicherung des Verhältnisses zum Staat – auf möglichste Geschlossenheit. Wyszynski ist nach außen die unumstrittene Autorität – auch in theologischen und pastoralen Fragen. Deswegen ist es schwer, im Episkopat verschiedene Richtungen auszumachen, obwohl bekannt ist, daß die Haltung des Kardinals nicht in allen Fragen uneingeschränkt geteilt wird. In der westlichen Presse wird der zweite polnische Kardinal, der Erzbischof von Krakau, Wojtyla, vielfach als eine Art Gegenpol zu Wyszynski dargestellt. Er ist zweifellos in seinem persönlichen Habitus eher ein Gegentyp zu Wyszynski. Er ist auch intellektuellen Strömungen gegenüber gewiß aufgeschlossener als Wyszynski. Er gilt als der theologisch führende Kopf im Episkopat. Wojtyla hat sich in den letzten Jahren auch immer stärker in den Beziehungen Kirche–Staat engagiert. Er soll Wyszynski manchmal auch zu härteren Stellungnahmen gedrängt haben – vor allem in der Auseinandersetzung um die neue Verfassung und nach den Arbeiterdemonstrationen im Juni vergangenen Jahres. Auch wenn er – wie es manchmal heißt – nicht uneingeschränkt hinter dem ausgeprägten Marienkult Wyszynskis steht, läßt er das nach außen nicht erkennen, zumindest nicht in Polen. Das gleiche gilt für den besonders streitbaren Bischof von Przemyśl, *Ignacy Tokarczuk*, der in seiner Diözese auch ohne Genehmigung der staatlichen Behörden zahlreiche Kirchen bauen ließ.

Heiße Themen: Kirchenbau, Schulreform, Freiheitsrechte

Wyszynski und die polnischen Bischöfe wissen, daß sie die starke Stellung der Kirche in Polen eigener Unnachgiebigkeit und der Energie der Gläubigen zu verdanken haben. Die Partei will diese Energie nicht gegen sich aufbringen. Daher ist sie besonders in Krisenzeiten um ein gutes Verhältnis zur Kirche bemüht. Das gilt in einem gewissen Maße auch jetzt wieder angesichts der Unzufrie-

denheit in der Bevölkerung wegen der Versorgungsschwierigkeiten. Unter Gierek hat die Parteiführung auch die offene Konfrontation mit der Kirche vermieden. Sie hofft eher auf ein langsames Austrocknen der Kirche durch Konsumdenken, atheistische Erziehung in der Ganztagschule, durch Massenmotorisierung und organisierte Wochenendausflüge. Auch die Kirche weiß, daß die größte Gefahr in einer religiösen Gleichgültigkeit liegen würde. So konzentrieren die Forderungen des Episkopats sich auf die Beendigung der Politik der Atheisierung, eine christliche Erziehung der Kinder, Zugang zu den Massenmedien und vor allem die verstärkte Erteilung von Baugenehmigungen für Kirchen.

Der unmittelbare Kontakt zwischen Kirche und Staat durch Verhandlungen des Sekretärs der Bischofskonferenz, Weihbischof *Bronislaw Dabrowski*, ist in jüngster Zeit besser als früher. Der Staat übertrug der Kirche das Eigentum an den ehemals deutschen kirchlichen Gebäuden in den Oder-Neiße-Gebieten. Die leidige *Steuerfrage* wurde durch ein Übereinkommen geregelt. Es wurden wieder etwas mehr Genehmigungen für den *Bau von Kirchen* erteilt. Doch das bleibt einer der wichtigsten wunden Punkte. Wie der Ausschuß des Episkopats für Kirchenbau in seiner Novembersitzung feststellte, ist 1976 der Neubau von 14 neuen Kirchen und 9 Kapellen gestattet worden. Außerdem erlaubten die Behörden den Aus- oder Umbau von 23 Gotteshäusern und 6 Kapellen. Einige Diözesen hätten überhaupt keine Genehmigung erhalten. Diese Anzahl befriedigt nicht die Bedürfnisse der Gläubigen, heißt es in dem Kommuniqué der 155. Bischofskonferenz vom 17. und 18. November, und diese Praxis sei ein Unrecht gegenüber der katholischen Bevölkerung. Zuvor waren in allen Diözesen Hirtenbriefe vorgelesen worden, in denen die dringendsten Bedürfnisse aufgezählt wurden. Für alle 27 polnischen Diözesen sind insgesamt Anträge für die Genehmigung zum Bau von 234 neuen Kirchen und die gleiche Anzahl von Kapellen gestellt worden.

Alle Bischöfe legen das Schwergewicht auf das Hauptproblem: den Mangel an Kirchen in den Neubauvierteln der Großstädte, für die in der Regel keine Genehmigungen erteilt werden. „Die Kirche sowie das Volk Gottes sehen mit Anerkennung und Freude auf die neuen Wohnhäuser, Industrieobjekte, Schulen, Sportplätze und Grünanlagen, aber sie wollen auch in ihren Kirchen beten, in denen sie ihre religiöse, nationale und gesellschaftliche Haltung gestalten zum Besten der Kirche und des Vaterlandes“, heißt es in dem entsprechenden Hirtenbrief für die Warschauer Diözese, der am 17. Oktober 1976 verlesen wurde.

Der Streit um die Erziehung der Jugend betrifft vor allem die beabsichtigte *Schulreform*. Der Episkopat befürchtet, daß mit Einführung der Ganztagschule keine Zeit für den Religionsunterricht mehr bleibt, der ja außerhalb der Schulen erteilt werden muß. Außerdem würden die Kinder dann zu sehr dem Einfluß der Eltern entzogen und seien zu lange dem atheistischen Schulprogramm ausgesetzt.

„Die Kirche erreicht die Gestaltung der richtigen moralischen Haltung der Kinder und der Jugend durch Religions-

unterricht und ein intensives religiöses Leben“, heißt es in dem Kommuniqué der Bischofskonferenz vom November. „Daher muß die Kirche voll das Recht haben, ungestört im Laufe der ganzen Woche Religionsunterricht zu erteilen. Die Erziehungsreform beunruhigt, weil diese Rechte der Kirche und der Eltern beeinträchtigt sind. Besorgnis erregt auch die vorbereitete Änderung der Schulprogramme. Die Entwürfe der Programme für den Polnisch- und Geschichtsunterricht weisen darauf hin, daß unserer Jugend nicht die wirklichen Werte unserer nationalen Kultur vermittelt werden.“ – Ein anderer, immer wiederkehrender Streitpunkt sind die *staatlichen Ferienkolonien*, in denen die Kinder keine Möglichkeit haben, sonntags zur Messe zu gehen. An manchen Hochschulen soll angeblich auch Druck auf Studenten ausgeübt worden sein, der religiösen Praxis zu entsagen.

In Beantwortung des Gierek-Appells zum Zusammenwirken hat die Kirche auf zwei Sitzungen der Bischofskonferenz im September und November noch einmal ihre Haltung klargestellt. Außer Erleichterungen im kirchlichen Bereich vor allem auf den Gebieten der Erziehung und beim Kirchenbau verlangen die Bischöfe von der Partei eine stärkere Berücksichtigung des einzelnen Menschen und seiner *individuellen Freiheitsrechte*.

„Mit dem Ziel der Überwindung der gegenwärtigen Krise muß man im Aktionsprogramm die wertvollsten Traditionen unserer nationalen Kultur und die in Polen allgemeine Empfindlichkeit für eine angemessene Ausübung der Macht berücksichtigen. Es geht unter anderem um die Respektierung der Rechte, die allen Bürgern ohne Rücksicht auf die Weltanschauung, zu der sie sich bekennen, die Art ihrer Arbeit oder ihr Verhältnis zur Partei zustehen. Es ist auch gewiß, daß die Lösung selbst der wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die Erweiterung und Sicherung der Bürgerfreiheiten erfolgen kann“, heißt es in dem schon erwähnten Kommuniqué der 155. Bischofskonferenz. Indirekt unterstützt die Kirche darin sogar das von oppositionellen Intellektuellen gegründete „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“, indem die Bischöfe feststellen, es sei die Pflicht aller Menschen guten Willens und besonders der Gläubigen und der Glaubensgemeinschaften, den Leuten und ihren Familien zu helfen, die ihrer Arbeit und der Mittel zum Leben beraubt seien.

Die Kirche ruft aber nicht zu einer Opposition um der Opposition willen auf. Sie hat ausdrücklich versichert, da die gegenwärtige Situation in Polen zur Zeit schwierig sei, seien alle Bürger verpflichtet, zu ihrer Besserung beizutragen (Kommuniqué der 154. Bischofskonferenz vom 8. und 9. September). Voraussetzung für solide Arbeit und Verzicht sei jedoch Vertrauen zur Führung.

Der Episkopat als der eigentliche Partner

Polens Bischöfe melden sich also auch zu so allgemeinen Problemen wie der gegenwärtigen Versorgungskrise, der Landflucht und sogar der wachsenden Anzahl von Ver-

kehrsunfällen zu Wort. Die Tatsache, daß die Zeitungen den Aufruf zur Arbeit gleich am nächsten Tag veröffentlichten, beweist, wie sehr dem Staat an einer Beruhigung der Gemüter durch die geistliche Autorität gelegen war. Die Zeitungen zitierten allerdings nur einen Abschnitt und nicht die Forderung, der Stimme des Volkes mehr Gehör zu verleihen. Daraufhin ließen die Bischöfe das ganze Kommuniqué in den Kirchen verlesen. Darin war auch die Forderung nach einer Amnestie für alle die enthalten, die an den Protestaktionen vom 25. Juni teilgenommen haben.

Für die staatliche Führung ist gerade in der letzten Zeit wieder klar geworden, daß für sie die Bischöfe im Lande die eigentlichen und wichtigsten Partner sind. Versuche, über den Kopf Wyszynskis hinweg mit dem Vatikan direkt ins Gespräch zu kommen, haben aufgehört. Auch im Vatikan scheint man zurückhaltender geworden zu sein. Der Leiter der vatikanischen Delegation für ständige Arbeitskontakte mit der Regierung der Volksrepublik Polen, Erzbischof *Luigi Poggi*, war vom 29. April bis 18. Mai 1976 zu einem zweiten Besuch in Polen. Auch dabei haben die polnischen Bischöfe ihm erneut klargemacht, daß erst die Situation der Kirche in Polen selbst völlig „normalisiert“ werden müsse, bevor man diplomatische Beziehungen zwischen dem Vatikan und Warschau anknüpfen könne.

Gleich zu Anfang seiner zweiten Mission hatte Poggi den polnischen Bischöfen versichert, er werde bei seinen Gesprächen mit den Vertretern der Regierung eng mit dem Episkopat zusammenarbeiten. Er bedankte sich beim Primas und dem Episkopat „für ihre Haltung, die die Einheit, Zusammenarbeit und Treue gegenüber dem Haupt der Heiligen Kirche zeigt“ (Kommuniqué der 152. Bischofskonferenz am 28. und 29. April 1976). Die Errichtung einer Nuntiatur in Warschau scheint noch in weiter Ferne zu liegen. Poggi erklärte jedenfalls nach seiner Rückkehr nach Rom, seine Gespräche hätten noch keine endgültigen Resultate gebracht. Man sei noch in der Phase des Verhandeln.

Eine schwierige Nachfolge

Die Regierung hat sich inzwischen auf Kardinal Wyszynski und den Sekretär der Bischofskonferenz, Weihbischof Dabrowski, als Verhandlungspartner eingestellt. Bevor Wyszynski am 3. August 1976 sein 75. Lebensjahr beendete, ließ sie den Heiligen Stuhl wissen, sie würde ein Verbleiben des Primas in seinem Amt als Erzbischof von Warschau und Gnesen begrüßen. Erscheint der auch innerkirchlich so intransigente Primas der politischen Regierung letztlich als der geeigneteren, weil bekanntere Partner als ein kirchlich und theologisch anders strukturierter Nachfolger?

Es ist bekannt, daß der Kardinal von theologischen Neuerungen nicht viel hält. Er will den Gläubigen, wie er sagt, nicht das Gefühl der Geborgenheit in der Kirche nehmen. Er ist aber allen in Rom gefaßten Beschlüssen nachgekommen. Die Liturgiereform führte er langsam

und schrittweise durch, um die an Tradition gewohnten Gläubigen nicht zu schockieren. Inzwischen zelebrieren die Priester in Polen auch der Gemeinde zugewandt auf polnisch die Messe in den stets überfüllten Kirchen. Vereinzelt wird auch noch die lateinische Sprache verwendet. Polnische Katholiken, die im Westen zur Kirche gingen, versichern immer wieder, dort sei ihnen die Meßfeier zu kalt. Sie vermissen die emotionelle Wärme der heimatischen Gottesdienste.

Kritiker im Westen, die den gefühlsbetonten, traditionellen Charakter der polnischen Kirche bemängeln, verweist Wyszynski auf seine vollen Kirchen und Priesterseminare. Ebenso scharf wie das atheistische Regime kritisiert er viele Erscheinungen im Westen. Mehrmals hat er von der Kanzel die Jugend davor gewarnt, gedankenlos westliche Moden nachzumachen. Sie solle sich statt dessen lieber auf die eigenen Traditionen besinnen.

Trotz des hohen Alters des gegenwärtigen Primas hat man bisher in Polen noch nicht laut die Nachfolgefrage gestellt. Da Wyszynski seit 1948, also fast seit Beginn der kommunistischen Machtübernahme in Polen, die kirchliche Szene beherrscht, dürfte es schwerfallen, einen Nachfolger von ähnlicher Autorität und Ausstrahlungskraft zu finden. Wyszynski selbst soll Bischof Dabrowski favorisieren. Manche der Kirche nahestehenden Kreise bezweifeln aber dessen Durchsetzungskraft.

Von der Anciennität her wäre Kardinal Wojtyla der „geborene“ Nachfolger. Es scheint sicher, daß es ein erhebliches Tauziehen zwischen Kirche und Staat geben wird, wenn Kardinal Wyszynski einmal die Zügel an der Spitze von Polens katholischer Kirche aus der Hand gibt. Ob seine Nachfolger noch über Jahrzehnte ein so geschlossenes Kirchenvolk hinter sich haben werden, muß man abwarten.

Renate Marsch

Kurzinformationen

Papst Paul VI. richtete zum Weltfriedenstag am 1. Januar zum zehnten Mal eine Botschaft an alle Menschen (vgl. *Osservatore Romano* 15. 12. 76). Der Weltfriedenstag, der auf eine Anregung des Zweiten Vatikanums zurückgeht, steht diesmal unter dem Motto „Wenn du den Frieden willst, verteidige das Leben“. Dementsprechend stehen im Mittelpunkt der Papstbotschaft Äußerungen über die „Beziehung zwischen dem Frieden und der Auffassung, die die Welt vom menschlichen Leben hat“. Der Papst betont, daß die Einsicht in die enge Zusammengehörigkeit von Leben und Frieden eine keineswegs selbstverständliche – und deshalb immer gefährdete – Errungenschaft der Geschichte der Menschheit sei. „Der Frieden ist mit dem Tode und nicht mit dem Leben gesucht und herbeigeführt worden; das Leben behauptete sich nicht mit dem Frieden, sondern mit dem Kampf.“ Die Anerkennung der Würde des Lebens sei eine Vorbedingung für den Frieden. Innerhalb einer Logik des Handelns, die von der Heiligkeit des Lebens ausgeht, sei „der Krieg als normales und gewohntes Mittel zur Durchsetzung des Rechtes und somit des Friedens im Grunde geächtet“. Die Aufrüstungspolitik nach der Devise „Wenn du den Frieden willst, bereite dich zum Krieg vor“ bezeichnet der Papst in diesem Zusammenhang als „ohne grundsätzliche Vorbehalte nicht annehmbar“. Die gegenseitige Bedrohung von Leben und Frieden, die das *Wettrüsten* herbeiführe, stelle eine „in sich selbst trügerische Formel“ dar, „die korrigiert und überwunden werden müßte“. Den Bemühungen, „diesen absurden kalten Krieg einzudämmen“, spricht Paul VI. seine Anerkennung aus. Andererseits unterstreicht er, daß nicht nur der Krieg, sondern jedes Vergehen gegen das Leben den Frieden bedrohe. Wegen der inneren Verwandtschaft der Überzeugung von der *Unantastbarkeit des Lebens* mit dem Ideal des Friedens wird in diesem Kontext auch die Abtreibung als „Attentat auf den Frieden“ bezeichnet, insofern sie das Grundprinzip für ein menschenwürdiges Zusammenleben unterminiert. Außerdem verurteilt der Papst als aktuell besonders gefährliche Formen des Angriffs auf das Leben Terrorismus und Polizeifol-

ter. Dagegen werden die *internationalen Vereinbarungen zum Schutz der Menschenrechte* als „Zeugnisse unseres zivilen Fortschritts“ bezeichnet. Wenn aber diese Texte sich als „Rhetorik“ oder „Heuchelei“ erweisen würden, habe sich die Menschheit ihr moralisches Urteil unterschrieben. Abschließend weist Paul VI. darauf hin, daß es eine entscheidende Ausnahme vom absoluten Vorrang des Lebens gebe: wo auf dem Weg der Nachfolge das Leben eingesetzt wird für „die Wahrheit, die Gerechtigkeit, die bürgerliche Freiheit, die Nächstenliebe, den Glauben“. Diesem Einsatz gelte für den Glaubenden in völlig neuer Weise die Verheißung des Friedens.

Die päpstliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden sowie der Laienrat wurden in den Rang von gleichrangigen und ständigen Kuriendikasterien erhoben. Sowohl der Laienrat, der in Zukunft „Päpstlicher Rat für die Laien“ heißen wird, wie *Iustitia et Pax* waren auf Wunsch der Konzilsväter am 6. Januar 1967 von Paul VI. eingerichtet worden. Nach zehnjähriger Probezeit werden sie nun den Kongregationen und Sekretariaten der Kurie gleichgestellt. Nachdem beide Organe bisher von dem nicht in Rom ansässigen kanadischen Kardinal *Maurice Roy* (Quebec) geleitet wurden, werden sie in Zukunft wie die Kongregationen der Kurie getrennte Führungsgremien mit einem in Rom residierendem Kardinal als Präsidenten haben. Zum Präsidenten des „Päpstlichen Rates für die Laien“ ernannte der Papst Kardinal *Opilio Rossi*, den früheren Nuntius in Österreich. Der afrikanische Erzbischof *Bernardin Gantin*, bisher Vizepräsident der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, wurde jetzt zu deren Pro-Präsidenten ernannt, womit er gleichzeitig auf die Liste der Kardinalsanwärter rückt. Gemäß dem am 16. Dezember im Vatikan veröffentlichten „*Motu proprio*“, das die Umstrukturierung verfügt, wird der bisherige Laienrat in Zukunft nicht mehr nur beratende Funktion haben, sondern als römisches Dikasterium an der Gesamtleitung der Kirche teilnehmen können. Dem Kardinalpräsidenten steht ein Vorstand zur Seite, dem drei